



**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt**
Bundesvorstand - Pressestelle
Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de
www.igbau.de

Mediendienst

11.09.2013 – PM 84/2013

21. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG BAU

Umfrage: Fast alle halten Regierungspolitiker für abgehoben

Berlin – Der Frust über Politiker sitzt bei den Mitgliedern der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) tief. Fast keiner unter den rund 3 700 von der IG BAU befragten Gewerkschaftern meint, dass Regierungspolitiker das echte Arbeitsleben kennen oder wissen, was wirklich in den Betrieben los ist (3 Prozent). „Das Ergebnis ist eine schallende Ohrfeige für die Kanzlerin und ihre Minister. Kein Wunder, dass es immer mehr Nicht-Wähler in Deutschland gibt. Die Politiker in Amt und Würden haben offenbar sämtliches Vertrauen bei denen verspielt, die sie eigentlich vertreten sollen“, sagte der stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Wer als abgehoben und realitätsfern empfunden wird, dem traut auch keiner zu, die wirklich drängenden Probleme der Menschen zu lösen.“

Überraschend viele nutzten die in der Umfrage gegebene Möglichkeit, einen Satz an die Bundeskanzlerin aufzuschreiben. Die große Mehrheit forderte sie dabei auf, sich einem Selbsttest in einem normalen Job in einer klein- oder mittelständischen Firma zu unterziehen, anstatt sich von den „Alles-in-Butter“-Parolen der Konzerne einlullen zu lassen. „Arbeiten Sie einen Tag auf dem Bau. Dann reden wir über Rente mit 67“, schrieb einer. Eine andere forderte: „Gehen Sie mal putzen und gucken, was am Ende übrig bleibt.“

Alarmierend sind die Folgen der unsozialen Arbeitsmarktpolitik für die Betroffenen. 42 Prozent der Befragten fürchten, sie könnten in Armut abrutschen. Gleichzeitig treibt es drei Viertel um, dass ihre Kinder und Partner durch ihre Arbeitsbelastung zu kurz kommen oder zu kurz kommen könnten. Weniger zu arbeiten kommt aber nicht in Frage, weil dann das

Geld nicht mehr reicht. „Ein Leben in Angst vor dem sozialen Aus und eine Entfremdung von der eigenen Familie kann nicht das Angebot an die Wähler in einem der reichsten Länder der Welt sein, das sich zu Recht rühmt, die soziale Marktwirtschaft erfunden zu haben“, sagte Schäfers. „Wir brauchen eine neue Politik.“

Trotz ihrer Enttäuschung sind die Befragten alles andere als politisch uninteressiert. Im Gegenteil: „Die Umfrage zeigt, dass die Beschäftigten eine sehr genaue Vorstellung davon haben, was am dringendsten getan werden muss, um das Arbeitsleben gerechter zu gestalten“, sagte Schäfers. (s. Tabelle unten)

Liste der Top-Forderungen für ein faires Arbeitsleben:

1.	Verhindern, dass Arbeitnehmer aus unterschiedlichen Ländern über Dumpinglöhne gegeneinander ausgespielt werden	85 %
2.	Stärkere Kontrolle bestehender Gesetze	79 %
3.	Subunternehmerketten verhindern	76 %
4.	Zahl der Befristungen verringern	70 %
5.	Weniger Minijobs	66 %
6.		